

Sicherheit für eine gefährliche Welt

„Wir sind an einer Wegkreuzung angelangt“, sagte UN-Generalsekretär Kofi Annan 2003, als er über neue Herausforderungen für Frieden und Sicherheit und das Versagen des Sicherheitsrates sprach, einen Konsens in der Frage der Maßnahmen gegen den Irak zu finden. Er rief die in der Generalversammlung anwesenden führenden Politiker der Welt auf, einen „eingehenden Blick“ auf grundlegende politische Fragen zu werfen und warnte sie vor Untätigkeit, die nur zu einer Erosion der kollektiven Sicherheit der Weltgemeinschaft führen könne.

Vor diesem Hintergrund führen die Regierungen jetzt Verhandlungen über ein Dokument, das in diesem Monat vom Weltgipfel 2005 verabschiedet werden soll.

Als erster Schritt berichtete eine unabhängige Gruppe (die hochrangige Gruppe über Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel) – deren Bildung der Generalsekretär 2003 in seiner Rede vor der Generalversammlung angekündigt hatte – im Vorjahr über die Notwendigkeit einer „neuen Vision der kollektiven Sicherheit“ (www.un.org/secureworld). Diese müsse sich den verschiedenen Herausforderungen zuwenden, die zur Zeit der Gründung der Vereinten Nationen noch gar nicht bestanden: Terrorismus, der über Kontinente hinweg zuschlägt; biologische und chemische Kampfstoffe; oder die Weiterverbreitung von Kernwaffen und deren Erwerb durch nichtstaatliche Akteure – Herausforderungen, die sich in jüngster Zeit bedrohlich abzeichneten und globale kollektive Sicherheitsvorkehrungen erschwerten.

Mehrere Vorschläge der hochrangigen Gruppe wurden vom Generalsekretär in seinen Bericht „In größerer Freiheit“ (März 2005) aufgenommen und eine Auswahl davon soll von den Mitgliedstaaten im September oder im späteren Verlauf der sechzigsten Tagung der Generalversammlung, die bis Mitte September 2006 dauert, gebilligt werden.

Neben wichtigen Reaktionen auf neue Bedrohungen, wie etwa ein neuer Weltvertrag über nuklearen Terrorismus, haben die Regierungen Wege zur Verbesserung der traditionellen Friedenssicherungsrolle der Vereinten Nationen und die notwendige Unterstützung für diesen erweiterten Aufgabenbereich diskutiert. Sie haben die Modalitäten für die Schaffung einer Kommission für Friedenskonsolidierung geprüft, die Ländern bei ihrem Übergang vom Krieg zu dauerhaftem Frieden helfen und die Lücken schließen soll, die sich nach der Beendigung eines Friedenssicherungsmandates ergeben. Sie haben Formulierungen für eine allgemein gültige Definition des

Begriffes Terrorismus erörtert, die den Grundstock für eine umfassende Konvention gegen Terrorismus legen soll.

Weitere Vorschläge, die zur Diskussion stehen, beziehen sich auf die Bedeutung der Vermittlung und der friedlichen Streitbeilegung und empfehlen u.a. die Stärkung der „Guten Dienste“ des Generalsekretärs.

Fakten und Zahlen

- Rund die Hälfte aller Länder, die einen Krieg beenden, fallen innerhalb von fünf Jahren in neue Gewalttaten zurück.
- In den vergangenen 15 Jahren wurden mehr Bürgerkriege durch Verhandlungen beendet als in den vorangegangenen zwei Jahrhunderten.
- Die rasche Zunahme von Aktivitäten der Vereinten Nationen und regionaler Organisationen in Bürgerkriegen fällt zusammen mit einem gleichzeitigen drastischen Rückgang der Anzahl solcher Kriege. Seit 1992 ist die Zahl der Bürgerkriege ständig rückläufig und fiel 2003 auf rund 40 Prozent und unter 30.
- Vermittlung hat nur in etwa einem Viertel der Bürgerkriege zu einer Beilegung des Konfliktes geführt und nur für ganz wenige Vereinbarungen dieser Art konnten die politischen und materiellen Ressourcen für eine entsprechende Umsetzung gefunden werden.
- Millionen Menschenleben hätten gerettet werden können, wenn größere Anstrengungen auf die Umsetzung von Friedensvereinbarungen gelegt worden wären. Zwei Beispiele für große Fehlschläge von Friedensvereinbarungen sind Angola (Abkommen von Bicesse 1991) und Ruanda (Vereinbarungen von Arusha 1993).
- Nach Schätzungen sollen kriminelle Organisationen zwischen US\$ 330 und US\$ 500 Milliarden jährlich am Drogenhandel, ihrer größten einzelnen Einnahmequelle, verdienen. Die Erlöse aus dem Drogenhandel werden mit der Finanzierung von terroristischen Gruppen und anderen kriminellen Aktivitäten in Verbindung gebracht.

Quelle: *Eine sicherere Welt: Unsere gemeinsame Verantwortung. Bericht der Hochrangigen Gruppe des Generalsekretärs für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel, 2005.*

Kommission für Friedenskonsolidierung

Wie aus den Fakten und Zahlen hervorgeht, ist es mit der Beendigung von Kriegen nicht getan; Friedenskonsolidierung ist notwendig.

solidierung ist von entscheidender Bedeutung, wenn ein Rückfall in den Konflikt verhindert werden soll.

Die Vereinten Nationen spielen eine ganz wichtige und zunehmende Rolle auf dem Gebiet der Friedenskonsolidierung. Um auf diesen Bemühungen aufzubauen und diese zu festigen, beraten die Mitgliedstaaten über die Schaffung einer Kommission für Friedenskonsolidierung, die als Beratungs- und Koordinationsorgan auf die besonderen Bedürfnisse von Ländern eingehen soll, die gerade Konflikte überstanden haben und auf dem Weg zu Wiederaufbau und Entwicklung sind.

Die wichtigste Aufgabe der Kommission soll darin bestehen, alle relevanten Akteure zusammenzuführen, Mittel zu mobilisieren sowie Beratung und umfassende Strategien zur Friedenskonsolidierung und zum Wiederaufbau nach dem Ende eines Krieges anzubieten. Dabei soll sie die Planungsarbeiten und Politik auf Landesebene unterstützen, aber diese nicht ersetzen. Sie soll überdies ein Forum bilden, in dem Mitglieder des Verbandes der UN-Organisationen, wichtige Geberländer, Truppensteller, einschlägige regionale Akteure und Organisationen, internationale Finanzinstitutionen und einzelstaatliche Behörden oder Übergangseinrichtungen des betreffenden Landes zu einem Informationsaustausch über Wiederaufbaubemühungen im Sicherheits- und Entwicklungsbereich nach dem Ende von Konflikten zusammentreffen können.

Die Arbeit der Kommission soll von einem Büro für Friedenskonsolidierung im Sekretariat der Vereinten Nationen und einem ständigen Fonds für Friedenskonsolidierung unterstützt werden, der aus freiwilligen Beiträgen gespeist werden soll.

Stärkung der Friedenssicherung

Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen spielen in aller Welt weiterhin eine wichtige Rolle bei der Förderung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Es herrscht jedoch zunehmende Sorge darüber, ob diese Einsätze auch in der Lage sind, ihre Aufträge zu erfüllen und dafür über ausreichende Kapazitäten und Mittel verfügen. In den Gesprächen vor dem Gipfel wurde die Schaffung einer strategischen Militärreserve vorgeschlagen, um Missionen in Krisenzeiten verstärken zu können. Ein weiterer Vorschlag zielte auf die Schaffung einer ständigen Kapazität für den raschen Einsatz von Zivilpolizei der Vereinten Nationen bei Friedenseinsätzen ab.

Es wurde auch angeregt, dass die Regierungen die wichtige Rolle von Regionalorganisationen anerkennen und die Stärkung von Partnerschaften zwischen den Vereinten Nationen und diesen Regionalorganisationen unterstützen sollen. Mit Blick auf die besonderen Bedürfnisse Afrikas sieht ein Vorschlag die Unterstützung eines Zehnjahresplans für den Aufbau einer Standby-Kapazität der Afrikanischen Union vor.

Ein weiterer Bereich, der Sorge macht, betrifft das Verhalten von Einsatzpersonal bei den Friedenssicherungseinsätzen und Berichte über sexuelle Ausbeutung und Missbrauch. Die Mitgliedstaaten haben eine volle und rückhaltslose Anwendung der Null-Toleranz-Politik des

Generalsekretärs bezüglich der Einhaltung höchster Standards für das Verhalten von Friedenssoldaten gefordert und darauf gedrängt, dass keine Vergehen straffrei bleiben dürfen, sondern mit entsprechenden disziplinären Maßnahmen geahndet werden müssen.

Bekämpfung des Terrorismus

Viele Mitgliedstaaten vertreten die Ansicht, dass die moralische Autorität der Vereinten Nationen bei der Bekämpfung des Terrorismus durch die Unfähigkeit der Mitgliedstaaten untergraben wurde, sich auf eine umfassende Anti-Terrorismus-Konvention sowie eine allgemein gültige Definition des Begriffes Terrorismus zu einigen.

Eine solche Definition war von der Hochrangigen Gruppe über Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel vorgeschlagen worden, wonach „jede Handlung, die darauf abzielt, Tod oder schwere körperliche Verletzungen von Zivilpersonen oder Nicht-Kombattanten hervorzurufen, wenn der Zweck einer solchen Handlung durch ihre Form oder ihren Zusammenhang darauf ausgerichtet ist, eine Bevölkerung einzuschüchtern oder eine Regierung oder eine internationale Organisation zu einem bestimmten Handeln oder Unterlassen zu zwingen, aus keinem Grund zu rechtfertigen und als Akt des Terrorismus anzusehen ist“.

In der Vorbereitungszeit für den Gipfel kam es zu eingehenden Diskussionen, als die Mitgliedstaaten sich darum bemühten, aus ihrer verschiedenen regionalen und politischen Perspektive ihre gemeinsame Verurteilung des Phänomens Terrorismus zum Ausdruck zu bringen.

Da es bisher noch keine allgemeine Konvention gegen den Terrorismus gab, hat die internationale Gemeinschaft 13 Verträge verabschiedet, um terroristische Aktivitäten und den Zugang von Terroristen zu materiellen und finanziellen Ressourcen zu unterbinden. Zuletzt hat die Generalversammlung im April 2005 das Internationale Übereinkommen zur Unterdrückung von Akten des nuklearen Terrorismus gebilligt, das nun auf dem Weltgipfel 2005 zur Unterschrift aufgelegt wird.

Abrüstung und Nichtweiterverbreitung

Abrüstungs- und Nichtweiterverbreitungsfragen sind Gegenstand nachhaltiger Debatten unter den Mitgliedstaaten. Es wurde vorgeschlagen, dass die Staaten den rechtverbindlichen Vertragsinstrumenten, wie dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen (NPT), dem Übereinkommen über chemische Waffen und dem Übereinkommen über biologische und toxische Waffen beitreten und diese einhalten sollen.

Ein weiterer Vorschlag betrifft einen Vertrag zur Unterbindung von spaltbarem Material, der einen Fahrplan für die Einstellung der Produktion von hoch angereichertem Uran für Rüstungs- und andere Verwendungszwecke erstellen soll. Falls dieser Vorschlag ausreichende Unterstützung durch die Mitgliedstaaten findet, soll die in Genf ansässige Abrüstungskonferenz der Vereinten Nationen Gespräche über einen solchen Vertrag aufnehmen.

Zu anderen Aspekten der kollektiven Sicherheit, die während des Weltgipfels zur Sprache kommen könnten, gehören der verstärkte Beitritt zu internationalen Verträgen (einschließlich der Konvention über Landminen) und die Verbesserung der Sicherheit beim Transport von Kernwaffen zur See. Klein- und Leichtwaffen sind ein weiteres Thema. Es wurde vorgeschlagen, Verhandlungen zur Beschränkung ihrer Kennzeichnung, Überwachung, illegalen Vermittlung und ihres Handels aufzunehmen.

Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität

Die negativen Folgen grenzüberschreitender Verbrechen wie Menschenmuggel und Menschenhandel, sowie des illegale Drogen- und Waffenhandels für Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechte rücken zunehmend in das internationale Bewusstsein. Fest verwurzelte Korruption, der Einsatz von Gewalt zum Schutz krimineller Aktivitäten und die engen Verflechtungen zwischen kriminellen Unternehmen und politischen Eliten stehen der Einführung der Rechtsstaatlichkeit und der Bildung

effizienter staatlicher Einrichtungen im Wege. Das organisierte Verbrechen operiert immer häufiger über lose Netzwerke, die Vorteile aus schwerfälligen Verfahren des Informationsaustausches und der schwacher Zusammenarbeit bei kriminalistischen Erhebungen oder der Strafverfolgung seitens staatlicher Behörden ziehen.

Die Bekämpfung des organisierten Verbrechens erfordert ausreichende internationale Rahmenbedingungen und Kooperationsmechanismen.

Mehr als die Hälfte der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen haben bisher die Konvention der Vereinten Nationen gegen das grenzüberschreitende organisierte Verbrechen aus dem Jahr 2000 und seine drei Protokolle oder das Übereinkommen der Vereinten Nationen über Korruption aus dem Jahr 2003 noch nicht unterzeichnet oder ratifiziert.

Das Übereinkommen über Korruption wird auf dem Weltgipfel 2005 zur Unterzeichnung aufliegen; für das Inkrafttreten der Konvention fehlt nur mehr eine Ratifikation.

* * * * *